Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 327 — Mittwoch, 13. Juli 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 RM. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Erfüllungsabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Tschechen wüten gegen Sudetendeutsche

Wüste Treibjagd der Polizei in Tetschen

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

Tetschen, 13. Juli. Für Dienstagabend hatten die völkischen Parteien, die Deutschnationale Partei, die Nationalsozialisten, die Christlichsozialen und die Deutsche Gewerbepartei, in Tetschen eine Protestkundgebung gegen die Unterdrückung des Sudetendeutschtums durch die Tschechen in die Räumlichkeiten des Tetschener Schützenhauses einberufen, in der die Abgeordneten Dr. Keibl, Kasper und Krumpe sprechen sollten. Schon zehn Minuten nach Eröffnung der Kundgebung, während der Ausführungen des ersten Redners, Abg. Krumpe, wurde die Versammlung vom Vertreter der Behörde aufgelöst. Abg. Krumpe hatte in seiner Rede auf das Unrecht verwiesen, das das Sudetendeutschtum nun schon seit mehr als zehn Jahren erdulden müsse. Als er in diesem Zusammenhange auf die Duxer Vorfälle zu sprechen kam, wurde er vom Regierungsvertreter zweimal aufgefordert, sich zu mäßigen. Der Redner beschränkte sich nun lediglich darauf, die Vorkommnisse in Dux in vollkommen sachlicher Weise zu schildern und berichtete dabei über das Verhalten der Gendarmerie, die den Deutschen die zur Abwehr der tschechischen Angreifer ergriffenen Latten und Stöcke abgenommen hatte, um sie den Tschechen in die Hand zu geben. In diesem Augenblick löste der Regierungsvertreter die Versammlung auf. Als nun die im Saale befindlichen Nationalsozialisten ihr Kampflied „SA. marschiert" anstimmten, drang in den vollgepfropften Saal durch drei Türen ein großes Aufgebot der Gendarmerie ein.

Mit aufgepflanztem Bajonett und Gewehrkolben räumte die Gendarmerie den Saal,

wobei sie rücksichtslos auf die Versammlungsteilnehmer einschlug. Eine ungeheure Panik war die Folge. Da es der Menge unmöglich war, den Saal durch den einzigen von der Gendarmerie unbesetzt gebliebenen Ausgang rasch zu verlassen, um den brutalen Kolbenschlägen zu entgehen, wurden die Fenster zertrümmert; zahlreiche Versammlungsteilnehmer gelangten auf diese Weise ins Freie. Draußen im Schützenhausgarten, wo die entrüstete und gestörte Menge das Deutschlandlied angestimmt hatte, drang die Gendarmerie weiter auf die Massen ein, jagte sie auseinander, trieb sie durch die Straßen vor sich her und drängte sie in wilder Jagd in die Nebengassen ab. Auch Einzelpersonen, die lediglich als arglose Beobachter umherstanden, wurden

mit Gewehrkolben, Fäusten und Fußtritten traktiert.

Die Menge war durch das Vorgehen der Gendarmerie in ungeheure Empörung versetzt worden und gab dieser durch laute Rufe, wie „Rache für Dux!", „Deutschland erwache!", „Sudetendeutschtum erwache!" Ausdruck. Die Gendarmerie nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Bemerkenswert ist, daß sie in ihrem Vorgehen vielfach durch tschechische Zivilisten, auf deren verleumderische Angeberdienste ein großer Teil der Verhaftungen zurückzuführen ist, angefeuert wurde. Lediglich der Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung trotz ihrer begreiflichen Empörung über das unverantwortliche Vorgehen der Gendarmerie ihre Fassung und Besonnenheit nicht verloren hat, ist es zu danken, daß ein Blutvergießen verhindert wurde.

Umgestaltung des Rundfunks

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Juli. Es ist bekannt, daß man sich seit längerem im Reichsinnenministerium außerordentlich intensiv mit der Frage der Umgestaltung des deutschen Rundfunks befaßt. Authentische Mitteilungen darüber sind indessen bisher noch nicht gemacht worden. Neuerdings ist nun das Gerücht verbreitet, daß eine Abtrennung des Rundfunks vom Reichspostministerium und seine Uebernahme durch das Reichsinnenministerium angestrebt werde und unmittelbar bevorstehe. Damit soll größerer Einfluß auf die politische Auswirkung des Rundfunks gewonnen werden. Es sollen angeblich neue Rundfunkgesellschaften in Form der GmbH. gegründet werden, in denen das Reich zu 51, die Länder zu 49 Prozent vertreten sind. Neben dem jetzt schon bestehenden Reichsrundfunkkommissariat soll ein zweites politisches Kommissariat errichtet werden, dem maßgeblicher Einfluß auf die Personalpolitik zugestanden werden soll. Weiter ist in Zusammenhang mit dieser Rundfunkreform die Beseitigung der jetzigen Ueberwachungsausschüsse vorgesehen. Für diese ganze Neuregelung, die unter dem Stichwort einer „kulturellen Dezentralisation" und einer „politischen Konzentration" firmiert, bedarf es allerdings der Zustimmung des Reichsrats, die in den nächsten Tagen eingeholt werden soll.

Vom Reichsinnenministerium wird dazu festgestellt, daß zwar eine Neuordnung des deutschen Rundfunkwesens in Aussicht genommen sei, daß aber bisher nur Referentenbesprechungen stattgefunden hätten. Der Plan der Uebernahme des Rundfunks vom Reichspostministerium in das Reichsinnenministerium wird an zuständiger Stelle dementiert, ebenso die Meldung, daß mit der Umgruppierung im Rundfunkwesen eine weitgehende Politisierung verbunden sein solle. Die Referentenbesprechungen dürften in den nächsten Tagen abgeschlossen werden, und das Reichsinnenministerium wird alsdann mit den zuständigen Fachreferenten der Länderregierungen Besprechungen einleiten. Dann werden auch die Reichsratsausschüsse zur Beratung herangezogen werden. Ein Kabinettsbeschluß zu dieser Materie liegt noch nicht vor.

Konferenz der Landwirtschaftsminister

Berlin, 13. Juli. Reichsernährungsminister Edler v. Braun hat, wie wir vom Reichsernährungsministerium erfahren, die Landwirtschafts- und Ernährungsminister der Länder zu einer Konferenz am 19. und 20. Juli nach München eingeladen. Gegenstand der Besprechungen sollen die Agrarfragen bilden.

Großer Sprengstoffdiebstahl. Im Steinbruch auf dem „Hohen Hagen" bei Dransfeld sind 17 Kisten mit insgesamt sieben Zentner Sprengstoff und etwa 1000 Sprengkapseln gestohlen worden.

Sechs brasilianische Staaten im Aufstand

Die Regierung schließt Häfen

Rio de Janeiro, 13. Juli. Die Revolution, die im Staate Sao Paulo ausgebrochen ist, hat sich sehr schnell auf andere brasilianische Gliedstaaten ausgedehnt. Die Truppen und Polizeikräfte der Staaten Matto Grosso, Parana, Santa Catharina, Rio Grande do Sul und Minas Geraes haben sich den Aufständischen zum großen Teil angeschlossen. Die Aufständischen berichten bereits von dem vollständigen Erfolg der Revolution. Der bisherige bundesstaatliche Vermittler in Sao Paulo hat dort die Regierung übernommen. Flugzeuge der Aufständischen flogen am Dienstag über Rio de Janeiro und warfen Flugblätter ab, in denen erklärt wird, daß sich über 30 000 Mann der Revolution angeschlossen hätten. Sämtliche Häfen der aufständischen Staaten sind durch Verordnung des Präsidenten Vargas geschlossen worden. Die Regierung hat weitere Truppen gegen die aufständischen Staaten ausgesandt.

Neuer russisch-japanischer Streitfall

Die Hafenumschlagstelle in Charbin von den Japanern besetzt

Moskau (über Kowno), 13. Juli. Nach einer russischen amtlichen Mitteilung haben am 7. Juli Vertreter der mandschurischen Regierung in Begleitung japanischer Ratgeber dem Leiter der Umschlagstelle des Hafens von Charbin, die der chinesischen Ostbahn gehört, mitgeteilt, daß sie die sofortige Uebergabe der Schlüssel der Lagerhäuser verlangten. Sie erklärten die Hafenleitung als abgesetzt. Der Leiter der Hafenumschlagstelle erklärte dem japanischen Vertreter, daß er die Schlüssel ohne Erlaubnis des russischen Leiters der chinesischen Ostbahn, Ingenieur Rudy, nicht ausliefern könne. Nach dieser Absage besetzten die Japaner mit Hilfe der mandschurischen Polizei sämtliche Lagerhäuser und alle Schiffe, die der chinesischen Ostbahn gehören.

Wie weiter gemeldet wird, wurden auch mehrere sowjetrussische Barken festgehalten. Das Verhalten der Japaner hat in Moskau große Empörung hervorgerufen. Das Außenkommissariat hat den russischen Generalkonsul in Charbin angewiesen, gegen die Beschlagnahme der Umschlagstelle zu protestieren und zu erklären, daß die mandschurische Regierung für alle Schäden, die der Sowjetunion entstehen, verantwortlich gemacht werde.

Der sowjetrussische Botschafter in Tokio hatte mit dem stellvertretenden japanischen Außenminister eine Unterredung, in der er ebenfalls darauf hinwies, daß die Besetzung der Umschlagstelle in Charbin durch mandschurische und japanische Beamte einen Bruch des russisch-chinesischen Vertrages bedeute, wodurch eine weitere Verschärfung der Lage im Fernen Osten herbeigeführt werde.

Von mandschurischer amtlicher Stelle wird erklärt, daß die Beschlagnahme der Umschlagstelle in Charbin auf Grund eines Beschlusses der mandschurischen Regierung erfolgt sei, die sich genötigt sehe, den Schiffsverkehr auf dem Sungari-Fluß zu kontrollieren, um dadurch den japanischen Truppen zu helfen, die Aufstandsbewegung, die besonders in Sachalzan im Gange sei, niederzuschlagen. Die mandschurische Regierung erklärt weiter, daß die Beschlagnahme trotz aller russischen Proteste nicht aufgehoben werden würde.

Der Grönlandkonflikt

Kopenhagen, 13. Juli. Das Gerücht über die Besitzergreifung der Südostküste Grönlands vom 60. bis 63.4. Grad durch die norwegische Regierung wird nunmehr durch eine amtliche Kundgebung des Kabinetts bestätigt. Die Polizeigewalt für Norwegen wurde dem Amtmann Devold übertragen. Ein Konflikt mit Dänemark wird unvermeidbar, da die Grönlandfahrer Knud Rasmussen und Dr. Lauge Koch, die mit Expeditionen nach diesem Gebiet unterwegs sind, seitens Dänemarks die Regierungsgewalt ausüben sollen.

Severing ergreift halbe Maßnahmen

Ein Aufruf und einige Anweisungen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Juli. Das Reichskabinett tritt am Mittwochnachmittag abermals zusammen, um sich vor der Abreise des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers nach Neudeck zum Reichspräsidenten über wichtige innerpolitische Fragen schlüssig zu werden. Wie bereits gemeldet, scheint das Problem der Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen nunmehr sehr nahegerückt zu sein. Unter diesem Gesichtswinkel ist auch ein Aufruf zu betrachten, den der preußische Innenminister Severing heute erlassen hat. In diesem Aufruf wird die preußische Bevölkerung aufgefordert, sich in Zukunft aller Gewalttätigkeiten zu enthalten. Ferner hat Severing einen Erlaß an die preußischen Regierungspräsidenten gerichtet, die die Polizeibehörden anweisen sollen, bei jeder geplanten Demonstration nachzuprüfen, ob genügend Polizeikräfte zu ihrer Bedeckung da sind. Wenn die Polizeikräfte nicht genügen, dann sollen die Demonstrationen und Versammlungen untersagt werden.

Offensichtlich geht Severing darauf aus, mit dem Hinweis, es ständen nicht genügend Polizeikräfte zur Verfügung, die durch die letzte Notverordnung auch für die nationale Bewegung gewonnene Bewegungsfreiheit wieder einzuengen.

Gleichzeitig hat Severing verfügt, daß durch Polizeifunk sämtliche preußische Polizeistationen dahin angewiesen werden, Leute, die ohne Waffenschein mit Waffen betroffen werden, bis zu drei Monaten in Schutzhaft zu nehmen und sie erst dann dem Richter vorführen zu lassen. Handhabe für diese Anordnung soll die letzte Notverordnung der Reichsregierung bieten.

Die Erfahrungen der Polizei

Köln, 13. Juli. Am Dienstagabend kam es wiederum an mehreren Stellen der Stadt zu Ausschreitungen von Kommunisten, die, wie die Polizei berichtet, teilweise die Form der offenen Auflehnung und des planmäßigen Angriffs gegen die Polizeikommandos annahmen. Die in großer Stärke aufgebotene Polizei mußte häufig von der Schußwaffe Gebrauch machen und zur Wiederherstellung der Ordnung einen Panzerwagen einsetzen. Schon in den ersten Abendstunden wurde ein Umzug von Nationalsozialisten in Köln-Kalk von Kommunisten gestört. Einschreitende Beamte wurden an einer Stelle aus den Häusern beworfen, beschossen und mit heißem Wasser übergossen. 17 Rädelsführer wurden bei dieser Gelegenheit festgenommen. Mehrfach wurden später heimkehrende Nationalsozialisten bedroht und überfallen, jedoch sind bisher keine nennenswerten Verletzungen bekannt geworden.

Zu regelrechten Kampfhandlungen kam es um Mitternacht in der Palanter- und Elsaß-Straße. Hier hatte der kommunistische Massenselbstschutz an verschiedenen Stellen das Straßenpflaster aufgerissen, den Fahrdamm mit Glasscherben überschüttet, Straßenlaternen gelöscht und die Durchfahrt durch Mülltonnen gesperrt. Auf Polizeistreifen wurde geschossen. In planmäßig durchgeführter Gegenaktion konnte schließlich unter Einsetzung eines Panzerwagens die Ruhe in den Morgenstunden wieder hergestellt werden.

Nationalsozialisten fordern Ausnahmezustand

München, 13. Juli. Unter der Ueberschrift „Das Reich ist reif für den Ausnahmezustand" schreibt der „Völkische Beobachter" u. a.: Von allen theoretischen, aufbauwilligen Ankündigungen der Reichsregierung Papen-Gayl sei nichts geblieben als eine außenpolitische Unterwerfung und der durch die Straßen der deutschen Städte